

RENATE OHR

Von der D-Mark zum Euro, von Deutschland zur EU. Leitfragen meiner Forschungstätigkeit

Wie Frau Behlmer bei ihrem Vorstellungsbericht in unserer letzten Sitzung schon angemerkt hatte, ist es nicht einfach, über sich selbst zu berichten. Andererseits zwingt dieser Vorstellungsbericht dazu, über die Entwicklung und die Gründe für die eigene Forschungsagenda nachzudenken, und man entdeckt manchmal Zusammenhänge, die man bisher selbst gar nicht oder nur unreflektiert zur Kenntnis genommen hat.

Seit rund 40 Jahren befasse ich mich mit volkswirtschaftlichen Fragestellungen, und seit mehr als 25 Jahren habe ich eine Professur für Volkswirtschaftslehre. Wusste ich zu Beginn meines Studiums, was mich erwartete? Habe ich dieses Fach aus grundlegendem Interesse und aus Überzeugung gewählt? Auch wenn ich mittlerweile seit vielen Jahren und mit Freude im Bereich der Volkswirtschaftslehre und insbesondere im Bereich der außenwirtschaftlichen Beziehungen forsche und lehre, war der Start nicht unbedingt richtungsweisend: Die Wahl des Studienfaches Volkswirtschaft war eher durch das Ausschlussprinzip bedingt als durch ein ausgeprägtes Interesse an ökonomischen Fragestellungen. Ich hatte viele Interessen und konnte mir die verschiedensten Studienrichtungen vorstellen – von Jura über Mathematik, von der Psychologie über Sprachwissenschaften oder Literaturwissenschaften – doch gab es für alles irgendwelche mehr oder weniger stichhaltige Gründe, die in der einen oder anderen Hinsicht dagegen sprachen. So landete ich bei der Volkswirtschaftslehre, wobei ich mir vorstellte, dass es in diesem Fach v.a. darum geht, was die einzelnen Länder der Welt jeweils produzieren und



Renate Ohr, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Georg-August-Universität Göttingen, O. Mitglied der Göttinger Akademie seit 2012

warum. Im weitesten Sinne stimmt dies natürlich auch, doch dass damit u.a. komplexe formale modelltheoretische Analysen verbunden sind und die Mathematik und die Statistik (heute auch die Ökonometrie) eine große Rolle spielen, war mir zu diesem Zeitpunkt nicht klar – allerdings entsprach gerade dies dann durchaus auch meinen Fähigkeiten und Interessen.

Mein erstes Semester im WS 1971/72 an der Universität Mainz begann daher auch mit Vorlesungen in Mathematik und Statistik, aber auch mit – mich weniger ansprechenden – Veranstaltungen zu Buchführung und Kostenrechnung. Mit Volkswirtschaftslehre hatte dies alles noch recht wenig zu tun. Daher immatrikulierte ich mich parallel noch in Jura und hörte auch Vorlesungen an der mathematischen Fakultät. Dies änderte sich im zweiten/dritten Semester im Zuge der Vorlesungen von Prof. Klaus Rose in Volkswirtschaftstheorie, insb. Außenwirtschaftstheorie. Aus der Rückschau kann ich heute sagen, dass seine Vorlesungen und der Kontakt zu seinem Lehrstuhl meinen weiteren Werdegang entscheidend geprägt haben. Zum einen war er ein hervorragender Didaktiker, der auch komplizierte Modelle klar und verständlich erläutern konnte. (Sein Lehrbuch „Theorie der Außenwirtschaft“ aus dem Jahr 1963 war Jahrzehnte lang Standard-Lehrbuch und existiert derzeit in der 14. Auflage.) Zum anderen vermittelte er in spannender Art und Weise die Relevanz ökonomischer Theorien für die Beurteilung gerade aktueller volkswirtschaftlicher, insb. außenwirtschaftlicher, Entwicklungen.

Und zu dieser Zeit gab es ja gerade recht dramatische Entwicklungen: Es war die Zeit des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems und die Zeit der ersten Ölkrise mit ihren gravierenden Folgen für die Weltwirtschaft. Es war noch nicht die Zeit der sog. Globalisierung, und auch die europäische Integration war nicht mit der heutigen vergleichbar, doch wurde schon zu jener Zeit zunehmend deutlich, dass gerade für ein Land wie Deutschland die außenwirtschaftlichen Beziehungen von großer Relevanz für die wirtschaftliche Stabilität und Prosperität sind.

Das Bretton-Woods-System war das nach dem 2. Weltkrieg eingerichtete Weltwährungssystem mit festen, an den US-Dollar gebundenen Wechselkursen. Während dieses Währungssystem in den ersten 20 Jahren zunächst die Grundlage für die Stabilisierung und nachfolgend für die starke Expansion des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs legte, zeigten sich ab Mitte der 60er Jahre zunehmend auch seine Systemmängel. Zum einen konnten die USA irgendwann ihre Goldeinlöseverpflichtung nicht mehr garantieren, da sich durch ihre anhaltenden Zahlungsbilanzdefizite weltweit hohe Dollarbestände angesammelt hatten. Zum anderen hatten sich durch unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen auch zwischen

anderen wichtigen Ländern anhaltende Zahlungsbilanzungleichgewichte herausgebildet. Das Trilemma eines Systems fester Wechselkurse, nämlich die Unvereinbarkeit von festen Wechselkursen, freiem internationalen Zahlungsverkehr sowie autonomer nationaler Geldpolitik, wurde immer deutlicher. Für Deutschland etwa bedeutete es, dass die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank mit ihrem prioritären Ziel der Geldwertstabilität immer wieder unterlaufen wurde. Deutschland hatte ab Mitte der 60er Jahre hohe Zahlungsbilanzüberschüsse, da die deutsche Inflation relativ niedrig war, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hoch und Exportüberschüsse entstanden. Zugleich entwickelte sich auch ein zunehmendes Vertrauen in deutsche Kapitalanlagen, und die internationalen Kapitalzuflüsse wuchsen. Im Ausmaß der Zahlungsbilanzüberschüsse war die Deutsche Bundesbank gezwungen, Dollardevisen aufzukaufen (gegen Ausgabe von D-Mark), um zu verhindern, dass die D-Mark aufwertete. Dies erhöhte jedoch die deutsche Geldmenge und behinderte damit die gewünschte Preisstabilitätspolitik, die eben eine strikte Kontrolle der Geldversorgung voraussetzt.

Mit der ersten Ölkrise entstanden weltweit weitere Zahlungsbilanzungleichgewichte u.a. mit der Folge wachsender Dollarbestände bei den OPEC-Staaten. Zunächst wurde nun versucht, die entstehenden Spannungen an den Devisenmärkten mit diskretionären Wechselkursanpassungen (d.h. einzelnen Abwertungen des Dollar, Aufwertungen der D-Mark) abzubauen, um damit das System wieder zu stabilisieren – leider mit der Konsequenz, dass damit auch noch Auf- oder Abwertungsspekulationen in Gang kamen. Schließlich mussten ab März 1973 die Wechselkurse der wichtigsten Währungen sukzessive freigegeben werden.

In dieser Zeit gab es dann auch einen entsprechenden Paradigmenwechsel in der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse von Währungsfragen. Man befasste sich fortan mit Überlegungen zu den Bestimmungsgrößen flexibler Wechselkurse, mit der Suche nach dem „gleichgewichtigen“ Wechselkurs sowie mit der Frage nach der Stabilität eines Systems flexibler Wechselkurse und der Analyse der Auswirkungen von Wechselkursschwankungen. Klaus Rose war schon vor dem letztlichen Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems ein Verfechter flexibler Wechselkurse gewesen, und das Spannende während meines Studiums war es, zu erleben, dass seine Voraussagen bezüglich der Vorteile des Übergangs zu freien Wechselkursen auch eintrafen.

Im Mai 1976 absolvierte ich meine letzte mündliche Diplomprüfung und hatte das Glück, direkt am folgenden Tag eine Mitarbeiterstelle bei einem Schüler Klaus Roses, bei Dieter Bender, zu erhalten, der gerade seinen ersten Ruf – nach Köln – angenommen hatte. Im Zuge weiterer Rufe, die Dieter Bender erhielt, folgten kurz danach ein Wechsel an die Universität

Essen (wo ich promovierte) und Anfang der 80er Jahre an die Universität Bochum (wo ich Mitte der 80er Jahre habilitierte).

Als Rose-Schülerin und mit einem Doktorvater, der ebenfalls Rose-Schüler war, konnten die Themen von Dissertation und Habilitation nur aus dem Bereich der Außenwirtschaft kommen – und es ging natürlich um Volkswirtschaften mit flexiblen Wechselkursen. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete ich noch vorrangig modelltheoretisch und untersuchte in einem formal-analytischen Modellrahmen die Möglichkeiten und Grenzen nationaler Wirtschaftspolitik in Volkswirtschaften, die sehr stark durch internationale Wirtschaftsbeziehungen (Außenhandel, internationale Kapitalströme) geprägt sind. In der Habilitation ging es im Rahmen einer Modellsimulation um die Wirkungen staatlicher Budgetpolitik in solchermaßen „offenen“ Volkswirtschaften. Deutschland repräsentierte zu dieser Zeit schon die typische „offene“ Volkswirtschaft.

In der Realität zeigte sich in diesen Jahren, dass die flexiblen Wechselkurse zwar prinzipiell eine eigenständigere nationale Geld- und Fiskalpolitik ermöglichten, aber dass andererseits auch starke und anhaltende Wechselkursfluktuationen auftraten (so erfuhr der Dollarkurs gegenüber der D-Mark in den ersten 15 Jahren nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems in immer kürzeren Abständen erst eine Halbierung, dann eine Verdoppelung und wieder eine Halbierung seines Wertes). Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft versuchte man daher schon Ende der 70er Jahre wieder feste Wechselkurse zwischen den Partnerwährungen einzuführen: 1979 wurde das Europäische Währungssystem EWS geschaffen. Ziel war es, zumindest innerhalb Europas ein höheres Maß an Wechselkursstabilität zu erreichen und damit auch Impulse für eine weitere Verstärkung des europäischen Integrationsprozesses zu setzen. Doch zeigten sich letztlich auch im Europäischen Währungssystem die Probleme fester Wechselkurse: Während in den ersten Jahren die Paritäten noch häufig korrigiert wurden (feste, aber anpassungsfähige Wechselkurse), versuchte man ab 1987 wieder auf jegliche Wechselkurskorrektur zu verzichten. Obwohl sich nach wie vor deutliche Inflationsunterschiede und damit Wettbewerbsverschiebungen zwischen den Mitgliedsländern zeigten, verfolgten die politischen Entscheidungsträger nun das Konzept, möglichst keine Auf- oder Abwertungen mehr vorzunehmen.

Ein genauerer Blick zeigte aber schon damals, dass die Währungsrelationen nicht mehr den Gleichgewichtskursen entsprachen. Länder wie Italien oder Spanien wiesen aufgrund ihrer deutlich höheren Inflation anhaltende Wettbewerbsnachteile und wachsende Leistungsbilanzdefizite auf. Diese Leistungsbilanzdefizite wurden jedoch zunächst durch Kapitalzuflüsse aus-

geglichen, so dass keine Spannungen auf den Devisenmärkten entstanden. Die Kapitalzuflüsse nach Spanien oder Italien waren Folge der dort – inflationsbedingt – hohen Zinsen. Solange von politischer Seite glaubhaft gemacht wird, dass die Wechselkurse auf absehbare Zeit nicht geändert werden, lohnen sich Kapitalanlagen in solchen Ländern. Solche Kapitalzuflüsse, die inflationsbedingte Leistungsbilanzdefizite finanzieren, bleiben jedoch nie langfristig bestehen. Irgendwann ist mit einer Abwertung der inflationierenden Währung zu rechnen, und die Kapitalflucht beginnt. Es war also eine Frage der Zeit, wann eine Umkehr der Kapitalströme eintreten würde. 1992/93 war es soweit. Die Wechselkurse konnten nicht gehalten werden. Die sodann „erzwungenen“ Wechselkurskorrekturen entsprachen in etwa den in den vorangegangenen fünf Jahren aufgelaufenen Inflationsunterschieden der jeweiligen Länder gegenüber Deutschland (z.B. Lira-Abwertung: ~20%, Pfund-Abwertung: ~15%). Die Bandbreite für erlaubte Wechselkursschwankungen wurde danach auf $\pm 15\%$ um die festgelegten Paritäten ausgeweitet, wodurch wieder zu einer stärkeren Flexibilität der Wechselkurse zurückgekehrt wurde.

Aus den Erfahrungen mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems hatte die Politik anscheinend nicht allzu viel gelernt. Wieder hatte man versucht, Währungen von Volkswirtschaften aneinander zu ketten, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklungen und -strukturen noch unterschiedliche monetäre Rahmenbedingungen und damit veränderbare Wechselkurse benötigten. Vor diesem Hintergrund begann ich mich in dieser Zeit zunehmend auch mit Fragen der aktuellen Wirtschafts- und Währungs*politik* zu befassen und nicht nur mit makroökonomischer Modell*theorie*. 1988 hatte ich zudem nach einer einjährigen Lehrstuhlvertretung in Kiel einen Ruf auf eine Professur für Außenwirtschaft an der Universität Hohenheim (Stuttgart) erhalten und vertrat dort fortan das Fach Außenwirtschaft: Außenhandels*theorie* und -*politik*, Währung*theorie* und -*politik*, Makroökonomik offener Volkswirtschaften und Entwicklungs*politik* und – dies war ein Novum zu jener Zeit – *Europäische Integration*. Was zunächst nur als eine neue Vorlesung gedacht war, wurde dann allerdings bald mein Hauptforschungsgebiet.

Während ich mich anfangs vor allem den währungspolitischen Integrationsbestrebungen in der Europäischen Gemeinschaft zuwandte, geriet später der gesamte Integrationsprozess in das Blickfeld – von der Zollunion über den Binnenmarkt bis zur Währungsunion und von einer Gemeinschaft von sechs Gründungsmitgliedern über die verschiedenen Erweiterungen bis hin zur EU 27. Dabei wurde mir bald klar: Je wertvoller man den europäischen Integrationsprozess einschätzt, umso wichtiger ist es, ihn

nicht dadurch zu gefährden, dass zu viel zu schnell vereinheitlicht wird. „Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht“, sagt ein afrikanisches Sprichwort. Und eine Politik, die zunehmend Marktprozesse durch institutionelle Lenkung und Zentralisierung ersetzt, schafft keine solide ökonomische Grundlage für ein vereintes Europa.

Die Politik sah dies anders: Im Dezember 1991 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Maastricht einen konkreten Zeitplan für die Einführung einer gemeinsamen Europäischen Währung. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Scheitern des Bretton-Woods-Systems und des Europäischen Währungssystems sowie angesichts der realwirtschaftlichen Folgen der deutsch-deutschen Währungsunion war es für die meisten (deutschen) Ökonomen unbegreiflich, wie man eine solche enge monetäre Verbindung für ansonsten noch souveräne und wirtschaftlich äußerst heterogene Nationalstaaten befürworten konnte. Wir wissen alle, dass eher politische als ökonomische Gründe dahinter gestanden haben, doch sollten spätestens die letzten zwei bis drei Jahre auch deutlich gezeigt haben, dass ein solches politisch motiviertes, aber ökonomisch wirkendes Projekt, die EU nicht unbedingt eint, sondern eventuell sogar spaltet.

Das Unbehagen gegenüber den Beschlüssen von Maastricht teilte ich mit vielen Kollegen. In Hohenheim fand dies im Mai 1992 Ausdruck in einem interdisziplinären öffentlichen Symposium mit dem Titel „Europäische Integration auf Abwegen – Die ordnungspolitischen und institutionellen Fehlentscheidungen von Maastricht“. Als Leitsatz wählten wir Kants Wahlspruch der Aufklärung „*Sapere aude! Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!*“ Im Anschluss daran formulierten ein Hamburger Kollege, Wolf Schäfer, und ich ein sog. Manifest „Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht: Eine Gefahr für Europa“, das im Juni 1992, unterzeichnet von 60 weiteren Volkswirtschafts-Professoren, an die Presse ging. Unser Ziel war es, nicht mehr apolitisch „im Elfenbeinturm der Wissenschaft“ zu bleiben, wenn die Politik offensichtlich ökonomisch falsche Entscheidungen treffen will. Wir wollten unsere Verantwortung als Wissenschaftler wahrnehmen und die Politik zwingen, sich zumindest mit unseren Argumenten auseinandersetzen zu müssen. Im Februar 1998 folgte ein weiteres Manifest „Der Euro kommt zu früh“, das dann sogar mehr als 160 Ökonomie-Professoren unterzeichneten.

Trotz der großen öffentlichen Diskussion, die die Manifeste auslösten, blieb dieser Versuch, von Seiten der Wissenschaft entscheidenden Einfluss auf die Politik zu nehmen, letztlich erfolglos. Dafür sind mittlerweile nahezu alle Entwicklungen eingetreten, vor denen wir damals gewarnt ha-

ben – eine Bestätigung der Relevanz unserer wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse, auf die ich allerdings gerne verzichtet hätte . . .

Der europäische Integrationsprozess der letzten 20 Jahren ist jedoch nicht nur durch den Euro geprägt, sondern auch durch die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, durch die Osterweiterung der EU und durch den (gescheiterten) Verfassungsentwurf, der sich aber in weiten Teilen im Vertrag von Lissabon wiederfindet. Auch dies sind alles äußerst spannende Entwicklungen, die dazu führen, dass ich mich aktuell nicht nur mit der Währungsunion, sondern auch mit möglichen Zielkonflikten zwischen Vertiefung und Erweiterung einer Integrationsgemeinschaft, mit „Clubs im Club EU“ oder mit dem Austrittsrecht aus der EU befasse – seit dem Jahr 2000 übrigens nicht mehr von Hohenheim aus, sondern von einem Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik in Göttingen. Aktuell befasse ich mich mit der Frage, welches Land am meisten vom Euro profitiert, bzw., ob man hierüber nur pauschale Behauptungen aufstellen kann (wie es in der Politik gerne geschieht) oder ob man dies auch mit objektiven Kriterien messen kann. Darüber hinaus haben mein Mitarbeiter Jörg König und ich gerade einen EU-Integrationsindex entwickelt, mit dem man erfassen kann, wie unterschiedlich stark die einzelnen EU-Mitglieder mit den anderen EU-Ländern wirtschaftlich verbunden sind.

„Ich bin eigentlich ganz anders, aber ich komme nur so selten dazu.“

Vor dem Hintergrund dieses Zitates von Ödön von Horváth möchte ich abschließend nun noch auf zwei Projekte verweisen, die mir persönlich sehr wichtig sind, die jedoch nichts mit den bisherigen Forschungsthemen zu tun haben. Sie haben dagegen etwas damit zu tun, dass die Volkswirtschaftslehre zwar zu meinem (sehr befriedigenden) Beruf geworden ist, aber ursprünglich eben nur „im Ausschlussverfahren“ gegenüber anderen Interessen.

Zum einen möchte ich eine kleine Studie aus der Zusammenarbeit mit meinem früheren Mitarbeiter Götz Zeddies nennen, deren wissenschaftlicher Wert wohl nicht so hoch einzustufen ist, die aber vermutlich unsere am meisten zitierte Veröffentlichung (zumindest in Presse, populärwissenschaftlichen Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen) ist: Es ist die sog. „Hundestudie“ zur „Ökonomischen Gesamtbetrachtung der Hundehaltung in Deutschland“. Diese Studie aus dem Jahr 2005 ist nach wie vor die einzige dieser Art in Deutschland. Mir persönlich liegt sie am Herzen, da wir darin versucht haben, die wirtschaftliche Bedeutung der Hunde-

haltung in all ihren unterschiedlichen Facetten aufzugreifen und dabei auch den gesellschaftlichen Nutzen der Hunde (für alte Menschen, kranke Menschen, behinderte Menschen oder als Polizeihund, Rettungshund, Blindenhund) in seiner ökonomischen Dimension zu erfassen und zu würdigen. Hier konnte ich Beruf und Hobby verbinden!

Das andere Projekt steckt erst in den Anfängen. Es soll ein Buch über den „Auerbachs Kinder-Kalender“ werden. Der Auerbachs Kinder-Kalender entstand 1883 zur Weihnachtszeit als „Festgabe für Knaben und Mädchen jeden Alters“ und ist als Jahrbuch für Kinder mit vielen Geschichten, Gedichten, Rätseln und regelmäßigen Rubriken nahezu kontinuierlich bis zum Jahr 1966 erschienen: 75 Bände, beginnend noch im Kaiserreich, über den ersten Weltkrieg hinweg, durch die Zeit des Nationalsozialismus, über den zweiten Weltkrieg und schließlich – nach einer mehrjährigen Pause – noch einmal in den 50er und 60er Jahren. Da sich in Kinderbüchern ja zu meist die gesellschaftlichen Wertvorstellungen widerspiegeln, müsste man im Vergleich dieser Jahrbücher, die über einen so langen Zeitraum in nahezu unveränderter Konzeption herausgegeben wurden, auch die Veränderungen der gesellschaftlichen Wertvorstellungen identifizieren können. Dies möchte ich anhand des „Auerbachs“ untersuchen. Tatsächlich gelang es mir, von den 75 Bänden des Auerbachs Kinder-Kalender mittlerweile 73 Bände zu sammeln, von den beiden fehlenden konnte ich zumindest Kopien erwerben.

Es verwundert mich, dass sich bisher noch niemand in dieser Form für den Auerbachs Kinder-Kalender interessiert hat. Und ich hoffe, dass ich vielleicht hier im Rahmen der Akademie den einen oder anderen Ansprechpartner für mein Projekt finden kann, etwa im Bereich der Kinderbuchliteratur, der Sozialwissenschaften oder der Gesellschaftsgeschichte.

